

Soziale Gerechtigkeit

Meritokratisches Prinzip

Ungleichheiten werden in der Gesellschaft oft mit dem meritokratischen Prinzip erklärt, nach dem die Güter und Belohnungen nach individuellen Leistungen verteilt werden.

Young (1958) erwähnte die Meritokratie im Sinne der Leistung bzw. des Verdienstes „merit“, welche sich aus natürlichen Anstrengungen ergibt. Diese Definition ist aber zu eng im Hinblick auf soziologische Forschungsgegenstände, da man sich nur auf mentale Fähigkeiten abzielt. (vgl. Kingston 2006: 112) Bei Hoffer findet sich eine nähere Definition: Begehrte Positionen werden in Hinblick auf kognitive Fähigkeiten, Schulleistungen sowie Persönlichkeitsmerkmalen vergeben. Es gibt drei Voraussetzungen einer meritokratischen Gesellschaft, die sich für die Bewahrung des gesellschaftlichen Reichtums ergeben:

- a) Verwaltungspositionen sind zu besetzen, nachdem man die Fähigkeiten gezeigt hat
- b) die Chancen Bildung zu erwerben, hängt einzig von der Natur ab
- c) Leistung stellt das Differenzierungskriterium sozialer Ungleichheit dar (Goldthorpe 1996)

Nach der Schichtungstheorie (Davis und Moore 1967 [1945]) sind Ungleichheiten notwendig, um Individuen zu (hohen) Leistungen zu motivieren und den gesellschaftlichen Fortschritt zu entwickeln, welcher dem Wohle aller dient. Ungleiche Belohnungen sind dazu da, „um Personen je nach ihren Fähigkeiten in ungleiche Positionen zu lenken, über hohes Einkommen und Ansehen also besonders leistungsfähige Leute zu bewegen, schwierige und verantwortliche Positionen anzustreben.“ (Hondrich 1984: 292)

Meritokratie als Legitimationsprinzip

Das meritokratische Legitimationsprinzip basiert auf einer Kombination der Leistung und der Gleichheit, woraus sich das Ziel der Chancengleichheit ergibt:
Der Zugang zu den Belohnungen wird durch die eigene Leistung geregelt und nicht durch Glück, List oder Herkunft. (Hondrich 1984: 275)

In der meritokratischen Formel wird die Bildung als wichtigstes Aufstiegsmoment spezifiziert. Aus der Sicht der Gesellschaft ist das Prinzip der Chancengleichheit umgesetzt, wenn alle formell gleiche Chancen in Bezug auf ihre Bildung, das Erreichen eines bestimmten Berufs haben und entsprechende Leistungen nur nach Leistung vergeben werden. Jedoch bei Betrachtung der individuellen Ebene zeigt sich, dass die Chancengleichheit in Anbetracht der unterschiedlichen sozialen Voraussetzungen nur schwer umsetzbar ist. Leistungsbewertung wird innerhalb des meritokratischen Legitimationsprinzips als natürlich und objektiv definiert.

Eine ideologische Funktion der Legitimation sozialer Ungleichheit kommt der Prestigeordnung zu. Diese legitimiert Privilegien für bestimmte Gruppen in der Gesellschaft. Sie beinhalten ein Mass zur Messung der Wertigkeit bzw. Wichtigkeit bestimmter Gruppen. Es geht nicht mehr um den einzelnen Menschen, sondern um technische Zahlenwerte, die Gruppen zugewiesen werden.

Es existieren verschiedene Taxonomien zu Legitimationsprinzipien sozialer Ungleichheit, in denen das meritokratische Prinzip identifizierbar ist. Linton sagt mit seiner Dichotomie, dass Verteilungsprinzipien das Prinzip sozialer Herkunft sind, d.h. dass der spätere Status durch vererbte oder zugeschriebene Merkmale bestimmt wird.

Hondrich unterscheidet zwei Formen sozialer Ungleichheit:

Belohnungs-Ungleichheit: Ungleiche Verteilung der Güter und ökonomischen Gegenstände (Geld, Einkommen, Macht etc.)

Aus dieser Ungleichheit ergibt sich die Forderung nach der Gleichverteilung der Ressourcen.

Chancen- und Leistungsungleichheit: Die Verteilung der Güter auf sozialen Schichten/Klassen/Kategorien ist durch deren ungleiche Beiträge zur Güterproduktion erklärbar.

Mau (1997: 52-53) hat drei Erklärungen für die grundlegenden Legitimationsargumentationen:

Motivationsfunktion aus der Schichtungstheorie: Für arbeitsteilige und sozial differenzierte Gesellschaften ist es funktional, durch unterschiedliche Belohnungen einen Anreiz zu geben, höhere Arbeitspositionen zu besetzen.

Gesamtgesellschaftliche Wachstumsfunktion von Ungleichheit: Soziale Ungleichheit unterstützt die Systemstabilität und das Wirtschaftswachstum. Die Ungleichverteilung von Belohnungen liefert Anreize an die wirtschaftlichen Eliten.

Herrschaftsfunktion: Ungleichheit ist Ausdruck der Herrschaftsstruktur von Gesellschaften. (Dahrendorf 1974). Staatliche Institutionen und Normensysteme sind Instrumente, welche die Auswahlprozesse bei Besetzung von Positionen sowie die Verteilung von Privilegien strukturieren.

Mit der Income-Ruler-Technik werden die Einkommen einer bestimmten Berufsgruppe geschätzt und so das gerecht empfundene Einkommen für diese Berufsgruppe festgelegt. Diese Strategie ist jedoch problematisch, weil die Angaben, mit denen gearbeitet wird, subjektiv sind.

Die ordnungsbezogenen Orientierungen thematisieren die Mechanismen hinter Ungleichheit bzw. Gerechtigkeitsprinzipien.

Die Frage, wie man erfolgreich wird, beschäftigt viele Menschen und der Erfolg wird mit meritokratischen Aspekten, wie Bildung, Intelligenz, Leistung etc. in Verbindung gebracht. Bestimmte Gegebenheiten spielen jedoch eine Rolle auf dem Weg zum Erfolg, wie z.B. askriptive Merkmale (Herkunft, Religion, Geschlecht...), soziales und kulturelles Kapital und Leistungskriterien.

Gerechtigkeit kann anhand folgender Dimensionen beurteilt werden:

1. Individualismus: Grosse Unterschiede in der Leistung bewirken einen grösseren Anreiz für Leistung und es ist richtig, wenn Unternehmer grosse Gewinne machen, da am Schluss alle davon profitieren.

2. Egalitarismus: Der Staat übernimmt die Aufgaben, eine Obergrenze für Einkommenshöhe festzusetzen und für alle, die arbeiten wollen, diese Gelegenheit zu geben.
3. Fatalismus: Es gibt gar keine soziale Gerechtigkeit, weil die gegebenen Verhältnisse gar nicht geändert werden können und man weiss auch nicht, was gerecht ist und was nicht im heutigen Zustand.
4. Askriptivismus: Sollte das Geschlecht einen Einfluss auf die Güterverteilung haben und inwiefern sollte Reichtum mit Privilegien verbunden sein?
Die Chancengleichheit sollte allen Bürgern ermöglichen, die begehrten Güter (z.B. Bildung, Arbeit, Wohlstand) zu erhalten.

Konzeption zur Akzeptanz und Legitimation sozialer Ungleichheit

Die Normen und Bewertungen sozialer Ungleichheit werden unterschieden.

Für die Vergabe von Gütern und Positionen sind die askriptiven und erwerbbaaren Merkmale verantwortlich:

Es gibt neben dem meritokratischen Prinzip noch weitere Verteilungsprinzipien: Das *askriptive Prinzip* legitimiert die soziale Ungleichheit durch zugeschriebene Merkmale wie soziale Herkunft, Geschlecht, etc. Das *egalitaristische Prinzip* akzeptiert die Ungleichheiten nicht und stellt dem Staat die Aufgabe, für die Gleichheit zu sorgen.

Haben alle Menschen gleiche Gerechtigkeitsprinzipien?

Die Gerechtigkeitsforschung beschäftigt sich mit der Frage, ob Wahrnehmungen und Werthaltungen gegenüber sozialer Ungleichheit universell sind oder ob bestimmte Merkmale das Ausmass oder die Art dieser Orientierungen beeinflussen.

Es gibt eine universelle Präferenz für gerechte Verteilung, deren Basis das meritokratische Prinzip ist. In Bezug auf die gesellschaftsorientierte Ausprägung bestimmter Gerechtigkeitskonzeptionen gibt es verschiedene Thesen, die eine Gesellschaftsbezogenheit aufweisen:

- Struktur- und institutionsfokussierende Sichtweise: Institutionen und Allokations¹- bzw. Verteilungsprinzipien in der Gesellschaft prägen Ideologien bzw. Werthaltungen.
- Kultur- und Ideologietheorie: religiöse und kulturelle Traditionen einer Gesellschaft haben eine Wirkung auf die Sozialstruktur, insbesondere auf die Institutionen einer Gesellschaft.
- Funktionalismus: bestimmte Ideologien sind in der gesamten Gesellschaft verbreitet, weil Ideologien bzw. Werte und Normen die Integration in die Gesellschaft sicherstellen.
- konflikttheoretische marxistische Ansätze: es gibt Herrschaftsideologien, die von einer herrschenden Klasse über die Medien, die Kulturindustrie, Schulen und staatliche Verwaltung verbreitet werden und die als „falsches Bewusstsein“² von allen Bevölkerungsgruppen bzw. Klassen geteilt werden.

Die dominante Ideologie der herrschenden Klassen verdrängt die Ideologien der Arbeiterklasse. Somit akzeptieren auch Klassen, die sozialen Ungleichheiten, auch wenn sie nicht davon profitieren.

¹ die Verteilung von Ressourcen auf unterschiedliche Verwendungen

² das „falsche Bewusstsein“ wird nicht erkannt und trotz gegenteiliger Interessen auch von nicht-herrschenden Klassen unterstützt

1. Sozialer Wandel und soziale Ungleichheit

1. Bildung und Erziehung als Voraussetzung und Folge von gesellschaftlichen Entwicklungen

Die gesellschaftliche Entwicklung und das Bildungs- und Erziehungsgeschehen sind so miteinander verflochten, dass die Erziehungswissenschaft nicht ohne Berücksichtigung von Erkenntnissen aus den anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen auskommt³. Für die Betrachtung der Wechselbeziehung zwischen Bildung, Erziehung und Gesellschaft wird die Bildungs- und Erziehungssoziologie verwendet⁴. Diese Bildungs- und Erziehungssoziologie versucht eine Verbindung zwischen individuellen und gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen herzustellen⁵.

Als wichtiges Element des sozialen Wandels kann die in der Mitte des 20. Jahrhundert einsetzende Bildungsexpansion angesehen werden. Das steigende Bildungsniveau beeinflusste die Struktur und die Entwicklung der Gesellschaft. Auch umgekehrt galt, dass das steigende Bildungsniveau der Bevölkerung aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung herbeigerufen wurde (vgl. dazu Achinger u.a. 1980).

2. Sozialer Wandel

Als sozialer Wandel wird heute die Analyse der Voraussetzungen, Verläufe und Richtungen der gesellschaftlichen Veränderungen bezeichnet (vgl. Klein 1992). Viele Theoretiker bezeichnen den sozialen Wandel als ein Wandel von „niederen Qualitäten zu höheren, von Einfachheit zu Komplexheit, von zusammenhangloser Homogenität zu zusammenhängender Heterogenität“ (ebd., S. 169). Das Ziel des sozialen Wandels ist somit, die Veränderung von einer armen und einfachen Agrargesellschaft zu einer reichen und komplexen Industriegesellschaft (vgl. Zapf 1992).

Durch diese Modernisierung entstanden neue menschliche Biographiemuster, die für die erziehungswissenschaftliche Forschung wichtig sind⁶.

3. Soziale Ungleichheit

Prozesse des sozialen Wandels berühren in der Regel auch die ständig verändernde Struktur der sozialen Ungleichheit⁷. Als soziale Ungleichheit wird die unterschiedliche Teilhabemöglichkeit von Personen und Personengruppen an wichtigen gesellschaftlichen Ressourcen wie zum Beispiel dem Besitz, Einkommen, eine höhere Bildung oder ein hohes Ansehen bezeichnet⁹.

Die soziale Ungleichheit begründet auch die relative Besser- oder Schlechterstellung einer Person in der Gesellschaft⁹.

³ Vgl. „IV. 1. Sozialer Wandel und soziale Ungleichheit“, S. 233

⁴ Vgl. „IV. 1. Sozialer Wandel und soziale Ungleichheit“, S. 233

⁵ Vgl. „IV. 1. Sozialer Wandel und soziale Ungleichheit“, S. 233

⁶ Vgl. „IV. 1. Sozialer Wandel und soziale Ungleichheit“, S. 235

⁷ Vgl. „IV. 1. Sozialer Wandel und soziale Ungleichheit“, S. 237

Man geht davon aus, dass es sehr gravierende soziale Ungleichheiten in Bezug auf Bildung, Einkommen und Prestige gibt, welche als Schichtungsunterschiede bezeichnet werden. Das bedeutet, die Gesellschaft wird nach sozialen Schichten eingeteilt, wie zum Beispiel in die Einkommensschicht⁹.

Frage und Hypothese

Frage:

Ist eine soziale Ungleichheit nötig, damit die Gesellschaft wie bisher funktioniert?

Hypothese:

Ja, eine soziale Ungleichheit ist nötig. Durch die Meritokratie wird erreicht, dass die Menschen sich mehr Mühe geben eine höhere Position zu erreichen. Wenn es dieses Prinzip nicht geben würde, gäbe es zwischen den Menschen keine Konkurrenz mehr. Durch diesen Konkurrenzkampf steigt auch die Motivation, denn jeder weiss, wenn er sich Mühe gibt und seine Sache gut erledigt, dann bekommt er viel mehr Lohn als derjenige, welcher nur faul herumsitzt und nichts macht. Wenn es dieses Prinzip nicht mehr geben würde und alle Menschen den gleichen Lohn bekommen würden, obwohl sich einer mehr bemüht als jemand anderes, dann ist es ungerecht. Somit denken wir, dass eine soziale Ungleichheit notwendig ist.